

Stefan Lissner/Teresa Auer (Hrsg.)

DAS GANZE VOLLSTRECKUNGSWESEN

Kohlhammer

Kohlhammer

Das ganze Vollstreckungswesen

Herausgegeben und bearbeitet von

Stefan Lissner

Diplom-Rechtspfleger AG Konstanz,
stellvertretender Landesvorsitzender Bund Deutscher Rechtspfleger
Landesverband Baden-Württemberg e. V.,
Lehrbeauftragter an der Allensbach Hochschule Konstanz

Weitere Autoren

Teresa Auer

Diplom-Rechtspflegerin AG Singen

Michelle Mai

Diplom-Rechtspflegerin AG Mannheim

Isabella Hof

Diplom-Betriebswirtin (BA),
Landesvorsitzende des Fachverbandes der
Kommunalkassenverwalter Hessen e. V.

Verlag W. Kohlhammer

1. Auflage 2026

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart
produksicherheit@kohlhammer.de

Print:

ISBN 978-3-17-046530-5

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-046531-2

epub: ISBN 978-3-17-046532-9

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort

Die Zwangsvollstreckung ist ein essenzieller, doch oft komplexer und mitunter als unzugänglich wahrgenommener Prozess. Sie bildet die Brücke zwischen einem formellen Rechtsanspruch und dessen tatsächlicher Durchsetzung in der Praxis.

Kaum ein anderer Rechtsbereich ist so unmittelbar mit dem wirtschaftlichen Alltag von Unternehmen, Gläubigern und Schuldern verbunden. Die Konsequenzen unzureichenden Wissens sind oft weitreichend und kostspielig. Die Autorinnen und Autoren dieses Buches wollen beim Verständnis dieses weiten Rechtsgebiet unterstützen und das gesamte Zwangsvollstreckungsrecht in einem Buch in Grundzügen aufarbeiten.

Unser Ziel war es, ein Buch zu entwickeln, das sich deutlich von trockenen Kommentaren und rein akademischen Abhandlungen abhebt. Wir wollten einen Leitfaden schreiben, der nicht nur die rechtlichen Grundlagen der Zwangsvollstreckung umfassend darstellt, sondern vor allem auch praxisorientierte Lösungen und verständliche Erläuterungen bietet. Dabei sollen die Einzelvollstreckung, die Vollstreckung in Immobilien, die kommunale Verwaltungsvollstreckung sowie die Gesamtvollstreckung (Insolvenz) abgebildet und somit ein Verständnis der Gesamtmaterie vermittelt werden.

Dieses Buch richtet sich an alle, die in ihrer täglichen Arbeit mit der Zwangsvollstreckung konfrontiert sind: Rechtsanwälte, die sich auf dieses Gebiet spezialisieren oder einen schnellen Überblick suchen; Mitarbeiter von Rechtsabteilungen, die rechtssichere Entscheidungen treffen müssen, sowie Studierende und Referendare, die eine verständliche und systematische Aufbereitung des Stoffes benötigen. Dabei sind die Inhalte so aufbereitet, dass sowohl Einsteiger als auch erfahrene Praktiker gleichermaßen profitieren.

Die Herausforderung bei der Erstellung dieses Werkes lag darin, die Vielschichtigkeit der Materie in einer klaren und nachvollziehbaren Struktur zu präsentieren. Unser Ansatz war es, theoretische Ausführungen stets mit konkreten Beispielen, Übersichten und Praxistipps zu verknüpfen. Dies ermöglicht einen direkten Transfer von Wissen in die tägliche Arbeit.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen bedanken, die zur Entstehung dieses Buches beigetragen haben.

Wir hoffen, dass dieses Buch Ihnen nicht nur als verlässlicher Wegweiser durch die Untiefen der Zwangsvollstreckung dient, sondern auch dazu beiträgt, das Verständnis für diese komplexe und dennoch spannende Materie zu vertiefen.

Die Autoren im Januar 2026

Hinweis: Der leichten Lesbarkeit halber wird auf die doppelte Nennung z. B. von Beamtinnen und Beamte, Schuldnerinnen und Schuldner etc. sowie die Verwendung des Gendersterns verzichtet. Im gesamten Beitrag sind jeweils alle Geschlechter gemeint.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis. VIII

Literaturverzeichnis XIV

Kapitel 1: Kommunale Vollstreckung. 1

Kapitel 2: Grundlagen des Insolvenzrechts 26

Kapitel 3: Grundstück in der Insolvenz und weitere Vollstreckungs-
themen 104

Kapitel 4: Zwangsversteigerung – Grundlagen 121

Kapitel 5: Die Grundlagen der Zwangsvollstreckung (ZPO) 137

Kapitel 6: Besonderheiten 184

Stichwortverzeichnis 195

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
abl.Anm.	ablehnende Anmerkung
ablehn.	ablehnend
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
abzgl.	abzüglich
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club
ADS	Antidiskriminierungsstelle des Bundes
aE/a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht/Aktiengesellschaft
AGInsO	Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung
AGS	AnwaltsGebührenSpezial
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kraftverkehrsversicherung
ALG	Gesetz über die Alterssicherung für Landwirte
Alt.	Alternative
AltersvermögensG	Altersvermögensgesetz
Amtsbl.	Amtsblatt des Saarlandes
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
AO-StB	Der AO-Steuer-Berater
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ARB	Allgemeine Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
arg.Ex	Argument aus
Art.	Artikel
ASR	Anwalt/Anwältin im Sozialrecht
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuss
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AufenthaltsG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
Aufl.	Auflage
AUG	Auslandsunterhaltsgesetz
AV	Allgemeine Verfügung
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BauR	Baurecht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BaySchlG	Bayerisches Schlichtungsgesetz
BayVGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BB	Der Betriebs-Berater
BdV	Bund der Vertriebenen
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BEEG	Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit
BERzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
bejah.	bejahend
ber.	berichtigt
BerHFV	Beratungshilfeformularverordnung
BerHG	Beratungshilfegesetz
BerHG-E	Entwurf zur Änderung des Beratungshilfegesetzes

Abkürzungsverzeichnis

BEVG	Bundesevakuierungsgesetz
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs, Sammlung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHR	BGH-Rechtsprechung Zivilsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMJ	Bundesjustizministerium
BNotO	Bundesnotarordnung
BORA	Berufsordnung der Rechtsanwälte
BR	Bundesrat
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAGOREport	Report zur Rechtsprechung zur BRAGO
BRK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BSG	Bundessozialgericht
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
bspw.	beispielsweise
BT	Bundestag
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis
Buchst.	Buchstabe
BundesseuchenG	Bundesseuchengesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Amtliche Sammlung
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, Amtliche Sammlung
BVG	Bundesversorgungsgesetz
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
ccm.	Kubikzentimeter
DAVorm	Der Amtsvormund
DBB	Deutscher Beamtenbund
DB-PKHG/DB-InsO	Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe
ders.	derselbe
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieherzeitung
d. h.	das heißt
DM	Deutsche Mark
DNA	Desoxyribonukleinsäure
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drs.	Drucksache
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVO	Durchführungsverordnung
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EG	Europäische Gemeinschaft
EG-PKHG	Gesetz zur Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten
EG-PKHVV	EG-Prozesskostenhilfевordruck-Verordnung
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung

Abkürzungsverzeichnis

EigZulG	Eigenheimzulagengesetz
entspr.	entsprechend
EstG	Einkommenssteuergesetz
etc.	Et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
e. V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
EzFamRAktuell	Entscheidungssammlung zum Familienrecht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht
FamRÄndG	Familienrechtsänderungsgesetz
FamRB	Der Familien-Rechts-Berater
FamRBint	Der Familien-Rechts-Berater international
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
f./ff.	folgende/fortfolgende
FG	Finanzgericht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGG-RG	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht
FuR	Familie und Recht
GBI	Gesetzblatt
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GEZ	Gebühreneinzugszentrale
GG	Grundgesetz
ggf./ggfs.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH Rundschau
grds.	grundsätzlich
GVBl/GVOBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. M.	herrschende Meinung
HHG	Gesetz über die Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Gewahrsam genommen wurden
HS	Halbsatz
HWVG	Handwerkerversicherungsgesetz
i. H. v.	in Höhe von
inkl.	inklusive
InsO	Insolvenzordnung
InsVV	Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung
IPR	Internationales Privatrecht
IPrax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr.	Deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiet des Internationalen Privatrechts
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JAmt	Das Jugendamt
JBl.	Justizblatt
JurBüro	Das Juristische Büro
juris-PR-FamR	juris PraxisReport Familienrecht
Justiz	Die Justiz

Abkürzungsverzeichnis

JVA	Justizvollzugsanstalt
JVEG	Justizvergütungs- und entschädigungsgesetz
JZ	Juristenzeitung
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht/Kommanditgesellschaft
KgfEG	Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetz
KGR	KG-Report
km	Kilometer
krit. Anm.	kritische Anmerkung
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LPK-SGB VIII	Lehr- und Praxiskommentar zum Sozialgesetzbuch VIII
LS	Leitsatz
LSG	Landessozialgericht
LVA	Landesversicherungsanstalt
max.	maximal
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
mon.	monatlich
MRK	Europäische Menschenrechtskonvention
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung vom
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege
n. F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Rechtsprechungsreport der NJW
NJWE-FER	NJW-Entscheidungsdienst Familien- und Erbrecht
NJWE-MietR	NJW-Entscheidungsdienst Miet- und Wohnungsrecht
NJW-Spezial	Neue Juristische Wochenschrift – Spezial
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungsreport
n. v.	nicht veröffentlicht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Rechtsprechungsreport der NVwZ
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht – Rechtsprechungsreport
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht
NZM	Neue Zeitschrift für das Miet- und Wohnungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o. ä.	oder ähnliches/ähnlichem
OEG	Opferentschädigungsgesetz
oHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Rechtsprechung Neue Länder
OLGReport/OLGR	OLG-Report (des jeweiligen OLG)
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
RBEG	Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RDGEG	Einführungsgesetz zum Rechtsdienstleistungsgesetz

Abkürzungsverzeichnis

RegE	Regierungsentwurf
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
PKH	Prozesskostenhilfe
PKHB	Prozesskostenhilfebekanntmachung
PKHfV	Prozesskostenhilfeformularverordnung
Pkw	Personenkraftwagen
Rn.	Randnummer
Rpflger	Der Deutsche Rechtspfleger
RpflG	Rechtspflegergesetz
priv.	private
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz)
S.	Seite
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SchlHOLG	Schleswig-Holsteinisches OLG
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB I	Sozialgesetzbuch, Erstes Buch
SGB II	Sozialgesetzbuch, Zweites Buch
SGB VI	Sozialgesetzbuch, Sechstes Buch
SGB VIII	Sozialgesetzbuch, Achtes Buch
SGB IX	Sozialgesetzbuch, Neuntes Buch
SGB X	Sozialgesetzbuch, Zehntes Buch
SGB XI	Sozialgesetzbuch, Elftes Buch
SGB XII	Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
sh.	siehe
s. o.	siehe oben
SoldVersG	Soldatenversorgungsgesetz
sog.	sogenannte(r)
st.	ständige
StB	Der Steuerberater
StBerG	Steuerberatungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrafFo	Strafverteidiger Forum
StrEG	Strafentschädigungsgesetz
StV	Strafverteidiger
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
SvEV	Sozialversicherungsentgeltverordnung
teilw.	teilweise
ThürOLG	Thüringerisches OLG
u.	und
u. a.	unter anderem
u. U.	unter Umständen
UdG	Urakundsbeamter der Geschäftsstelle
UStG	Umsatzsteuergesetz
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
UWG	Gesetz über den unlauteren Wettbewerb
v.	vom
Var.	Variante
v. A. w.	von Amtswegen
VBVG	Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz
VdK	Verband der Kriegsbeschädigten
VersAusglG	Gesetz über den Versorgungsausgleich
VersR	Versicherungsrecht

Abkürzungsverzeichnis

VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
v. H.	vom Hundert
VKH	Verfahrenskostenhilfe
VO	Verordnung
VuR	Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht
VV	Vergütungsverzeichnis zum RVG/Verwaltungsvorschrift
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
VVRVG	Vergütungsverzeichnis zum RVG
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VWL	Vermögenswirksame Leistungen
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
wg.	wegen
WM	Wertpapiermeldungen/Wohnungs- und Mietrecht
WoBauG	Zweites Wohnungsbaugesetz
WoGV	Wohngeldverordnung
WiPrO	Wirtschaftsprüferordnung
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z. B.	zum Beispiel
ZDG	Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer
ZFE	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht
ZFR	Zeitschrift für Tarifrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZMRG	Zeitschrift für das gesamte Medizin- und Gesundheitsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPO-E	ZPO-Entwurf
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zust.Anm.	zustimmende Anmerkung
ZVG	Zwangsversteigerungsgesetz
ZVI	Zeitschrift für Verbraucherinsolvenzrecht
zzgl.	zuzüglich

Literaturverzeichnis

- Arnold, Egon/Meyer-Stolte, Klaus/Rellermeyer, Klaus/Hintzen, Udo/Georg, Manfred, Rechtspflegengesetz: RPflG, Kommentar, 8. Auflage Bielefeld 2015 (zitiert *Bearbeiter*, in: Arnold/Meyer-Stolte/Rellermeyer/Hintzen/Georg, RPflG)
- Böttcher, Roland, Kommentar zum Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, 7. Auflage 2022 (zitiert *Bearbeiter*, in: Böttcher, ZVG)
- Braun, Eberhard (Hrsg.), Kommentar zur Insolvenzordnung, 6. Auflage München 2014 (zitiert *Bearbeiter*, in: Braun, InsO)
- Braun, Eberhard/Riggert, Rainer/Herzig, Dirk (Hrsg.), Schwerpunkte des Insolvenzverfahrens, 5. Auflage Stuttgart 2012
- Dassler, Gerhard/Schiffbauer, Horst/Hintzen, Udo/Engels, Ralf/Rellermeyer, Klaus, ZVG, Kommentar, 14. Auflage Bielefeld 2013
- Dorell, Jan/Lissner, Stefan, Insolvenzrecht Kompakt, 3. Auflage Siegburg 2021
- Fachanwalts-Kommentar zum Insolvenzrecht, Ahrens, Martin/Gehrlein, Markus/Ringstmeier, Andreas (Hrsg.), 4. Auflage Köln 2020 (zitiert *Bearbeiter*, in: Fachanwalts-Kommentar zum Insolvenzrecht)
- Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung, Wimmer, Klaus (Hrsg.), 9. Auflage Köln 2018 (zitiert *Bearbeiter*, in: FK-InsO)
- Frege, Michael, Der Sonderinsolvenzverwalter, 2. Auflage Köln 2012
- Frege, Michael/Keller, Ulrich/Riedel, Ernst, Insolvenzrecht: Praxisbuch zur Insolvenzordnung, 8. Auflage München 2015
- Gottwald, Peter (Hrsg.), Insolvenzrechts-Handbuch, 5. Auflage München 2015 (zitiert *Bearbeiter*, in: Gottwald, Insolvenzrechts-Handbuch)
- Graeber, Alexa/Graeber, Thorsten, InsVV – Online Kommentar
- Haarmeyer, Hans/Erind, Frank, Insolvenzrecht, 4. Auflage Stuttgart 2014
- Haarmeyer, Hans/Mock, Sebastian, Insolvenzrechtliche Vergütung (InsVV), 6. Auflage München 2019
- Haarmeyer, Hans/Wutzke, Wolfgang/Förster, Karsten (Hrsg.), Handbuch zur Insolvenzordnung, 4. Auflage München 2013 (zitiert *Bearbeiter*, in: Haarmeyer/Wutzke/Förster, InsO)
- Hamburger Kommentar zum Insolvenzrecht, Schmidt, Andreas (Hrsg.), 9. Auflage Münster 2021 (zitiert *Bearbeiter*, in: HambKomm-InsO)
- Heidelberger Kommentar zum Insolvenzrecht, Kayser, Godehard/ Thole, Christoph (Hrsg.), 10. Auflage Heidelberg 2020 (zitiert *Bearbeiter*, in: HK-InsO)
- Hein, Michaela/Kreuznacht, Frank/Voß, Thore, Arbeitshilfen für Insolvenzsachbearbeiter, 3. Auflage Bonn 2014
- Hess, Harald, Insolvenzrecht, Großkommentar in zwei Bänden, 2. Auflage Heidelberg 2013
- Hofmann, Matthias, Eigenverwaltung, 1. Auflage Köln 2014
- Hügel, Stefan (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar GBO, 45. Edition München 2022 (zitiert *Bearbeiter*, in: Hügel, BeckOK-GBO)
- Jaeger, Ernst (Begr.), Insolvenzordnung, Großkommentar in 5 Bänden, hrsg. von Henckel, Wolfram/Gerhardt, Walter, 1. Aufl. Berlin 2004 ff. (zitiert *Bearbeiter*, in: Jaeger, InsO)
- Kübler, Bruno/Prütting, Hanss/Bork, Reinhard (Hrsg.), InsO-Kommentar zur Insolvenzordnung in 5 Bänden, Köln 2021 (zitiert *Bearbeiter*, in: Kübler/Prütting/Bork, InsO)
- Leonhardt, Peter/Smid, Stefan/Zeuner, Mark (Hrsg.), Insolvenzordnung, 3. Auflage Stuttgart 2010 (zitiert *Bearbeiter*, in: Leonhardt/Smid/Zeuner, InsO)
- Leonhardt, Peter/Smid, Stefan/Zeuner, Mark (Hrsg.), Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung (InsVV), Stuttgart 2014 (zitiert *Bearbeiter*, in: Leonhardt/Smid/Zeuner, InsVV)
- Lissner, Stefan, Der Gläubigerausschuss Betrachtung vergütungsrechtlicher Bestimmungen (Teil 1), KKZ 2016, 123 ff.
- Lissner, Stefan/Dietrich, Joachim/Schmidt, Karsten, Beratungshilfe mit Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, 4. Auflage Stuttgart 2021
- Lorenz, Karl-Heinz/Klanke, Dieter, InsVV-GKG-RVG, Kommentar zu Vergütung und Kosten in der Insolvenz, 2. Auflage Köln 2014 (zitiert *Lorenz/Klanke*, InsVV)
- Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Säcker, Franz Jürgen/Rixecker, Roland/Oetker, Hartmut/Limperg, Bettina (Hrsg.), Bd. 2, 7. Auflage München 2015 (zitiert *Bearbeiter*, in: MK-BGB)
- Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung, Stürner, Rolf/Eidenmüller, Horst/Schoppmeyer, Heinrich (Hrsg.), 4. Auflage München 2019, (zitiert *Bearbeiter*, in: MK-InsO)

- Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und Nebengesetzen*, Rauscher, Thomas/Krüger, Wolfgang (Hrsg.), 6. Auflage München 2020 (zitiert *Bearbeiter*, in: MKZPO)
- Musielak/Voit, ZPO
- Nerlich, Jörg/Römermann, Volker (Hrsg.), Insolvenzordnung: Loseblatt-Kommentar, November 2021, München, 1999 (zitiert *Bearbeiter*, in: Nerlich/Römermann, InsO)
- Palandt, Otto (Begr.), Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 75. Auflage München 2016 (zitiert *Bearbeiter*, in: Palandt-BGB)
- Pannen, Klaus (Hrsg.), Europäische Insolvenzordnung, Kommentar, Berlin 2007 (zitiert *Bearbeiter*, in: Pannen, EuInsVO)
- Prütting, Hanns/Gehrlein, Markus (Hrsg.), Kommentar zur Zivilprozessordnung, 7. Auflage Köln 2015
- Reischl, Klaus, Insolvenzrecht, 4. Auflage Heidelberg 2016
- Schmidt, Karsten (Hrsg.), Insolvenzordnung, 19. Auflage München 2016 (zitiert *Bearbeiter*, in: Schmidt, InsO)
- Stöber, Kurt, Zwangsversteigerungsgesetz: ZVG, 22. Auflage München 2019
- Uhlenbruck, Wilhelm/Hirte, Herbert/Vallender, Heinz (Hrsg.), Insolvenzordnung: Kommentar, 15. Auflage München 2019 (zitiert *Bearbeiter*, in: Uhlenbruck, InsO)
- Zeuner, Mark, Die Anfechtung in der Insolvenz, 2. Auflage München 2007
- Zimmermann, Walter, Grundriss des Insolvenzrechts, 10. Auflage Heidelberg 2015
- Zöller, Richard (Begr.), Zivilprozessordnung, Kommentar, 34. Auflage Köln 2022 (zitiert *Bearbeiter*, in: Zöller-ZPO)

Empfehlungen weiterführender Literatur

- Gosch, Abgabenordnung, Kommentar, Verlag Otto Schmidt
- Jahn, Handbuch der kommunalen Kassen- und Haushaltswirtschaft, Kohlhammer Verlag
- Kahl/Waldhoff/Walter (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz (Art. 20 GG – Rechtsstaatsprinzip)
- Kühn/von Wedelstädt, Insolvenzrecht – Leitfaden für die Praxis, RWS-Verlag
- Langenfeld/Kirchhof, Steuerrecht, C.H. Beck.
- Müller-Eiselt, Vollstreckung kommunaler Forderungen, Kommunal- und Schul-Verlag
- Seer/Koschmieder (Hrsg.), Verwaltungszwangsrecht, C.F. Müller
- Tipke/Kruse, Abgabenordnung, Kommentar, NWB Verlag

Zitierte oder einschlägige Rechtsprechung

- BGH, Beschl. v. 12.12.2002 – IX ZB 426/02
- FG Köln, Entscheidung v. 9.11.2004 – 15 K 4934/04
- BGH, Urt. v. 11.5.2006 – IX ZR 42/05, NZI 2006, 461.
- LG Köln ZInsO 2003, 720.
- BGH NZI 2011, 653.
- OLG Koblenz Rpfleger 1989, 510
- BGH ZInsO 2011, 1352.
- BGH ZInsO 2005, 375.
- BGH, Urt. v. 8.12.2004 – IV ZR 199/03, NZI 2005, 162.
- BGH, Urt. v. 24.5.2005 – IX ZR 123/04.
- BGH, Beschl. v. 13.11.2008 – IX ZB 201/07.
- BGH NZI 2004, 278.
- AG Hamburg ZInsO 1999, 659 ff.
- LG Bonn, Beschl. v. 21.7.2009 – 6 T 210/09, 6 T 211/09, juris.
- OLG Celle ZIP 2000, 1898
- OLG Zweibrücken ZInsO 2000, 627
- OLG Celle NZI 2001, 147
- OLG Celle ZIP 2001, 468
- OLG Celle ZIP 2002, 578
- BGH ZIP 2003, 1953.
- BayObLG, Beschl. v. 28.7.1999 – 4 Z BR 1/99
- AG Hamburg, Beschl. v. 11.2.2005 – 67c IN 6/05.
- BVerfG, BVerfGE 51, 405, 408.
- OVG Weimar, Beschl. v. 27.9.2006 – 4 EO 1283/04.
- BGH, Urt. v. 25.4.2002 – IX ZR 313/99
- BGH, Urt. v. 27.5.2003 – IX ZR 51/02
- OLG Naumburg, Urt. v. 4.2.2004 – 5 U 129/03
- OLG Celle, Beschl. v. 5.1.2004 – 2 W 113/03
- LG Karlsruhe, Beschl. v. 8.3.2004 – 11 T 90/04

Literaturverzeichnis

LG Köln ZVI 2007, 80 f.
LG Göttingen ZInsO 2003, 858.
AG Ludwigshafen Beschl. v. 9.12.2011 – 3e IN 458/11
BGH ZInsO 2007, 446
LG Göttingen NZI 2007, 734
AG Hamburg ZVI 2004, 261
Pape NZI 2004, 1, 4 f
BGH, Urt. v. 27.9.2001 – IX ZR 71/00
BGH, Urt. v. 22.1.2009 – IX ZR 3/08
BGH, Beschl. v. 22.3.2007 – IX ZB 8/05
BGH, Beschl. v. 3.4.2014, – IX ZB 93/13
AG Ahaus, Beschl. v. 25.1.2022 – 6 M 1988/20 –
BVerfG, Beschl. v. 12.7.2006 – 1 BvR 1493/05
OLG Düsseldorf, Beschl. v. 15.8.2008 – 3 VA 4/07
OLG Hamm ZIP 2007, 1722
OLG Nürnberg ZIP 2008, 1490
BVerfG ZInsO 2009, 1053 ff.
OLG Hamburg ZIP 2008, 2228 ff.
BVerfG, Beschl. v. 23.5.2006 – 1 BvR 2530/04
BGH Urt. v. 26.1.2006 – IX ZR 282/03
BGHZ 35, 180 ff.
BGH NZI 2017, 442
BGH NJW 2002, 3326 ff.
BGH NZI 2006, 474.
BGH, Beschl. v. 6.12.2007 – IX ZB 229/06
LG Lübeck, Beschl. v. 6.11.2024 – 7 T 501/24
BGH WM 1975, 642 ff.
BGH MDR 1973, 664
BGH, Beschl. v. 26.1.2012 – IX ZB 111/10
BGH, Beschl. v. 8.7.2004 – IX ZB 209/03
BGH, Beschl. v. 22.10.2015 – IX ZB 3/15
BGH, Beschl. v. 11.10.2012 – IX ZB 230/09
BGH, Beschl. v. 22.2.2007 – IX ZB 120/05
BGH, Beschl. v. 8.10.2009 – IX ZB 257/08
BGH, Beschl. v. 14.5.2009 – IX ZB 33/07
BGH, Beschl. v. 5.6.2008 – IX ZB 119/06
BGH, Beschl. v. 18.12.2008 – IX ZB 249/07
BGH, Beschl. v. 9.5.2011 – IX ZB 224/09
AG Memmingen, Beschl. v. 22.12.2008 – IN 47/02
BGH, Beschl. v. 7.5.2009 – IX ZB 133/07
BGH, Beschl. v. 25.6.2009 – IX ZB 196/08
BGH, Beschl. v. 22.9.2016 – IX ZB 29/16
BGH ZIP 2008, 736
BGH GmbHR 1981, 191 = WM 1981, 440
LG Köln NJW-RR 2000, 1056
BGH NJW 1976, 797
BGH WM 2008, 1453
BGH NJW 1997, 314
KG GmbHR 2005, 477
BGH, Urt. v. 6.10.2005 – IX ZR 36/02
BGH, Urt. v. 26.4.2018 – IX ZR 238/17
BGH, Urt. v. 10.12.2020 – IX ZR 80/20
BGHZ 34, 258
BGH, Urt. v. 19.4.2007 – IX ZR 59/06
BGH ZIP 1980, 250 ff.
OLG Saarbrücken, Beschl. v. 22.7.2024 – 5 W 28/24
OLG München, Beschl. v. 14.9.2018 – 34 Wx 301/18
OLG Brandenburg Urt. v. 23.6.2020 – 2 U 46/19
BVerwG, Urt. v. 23.9.2004 – 7 C 22/03
BGH, Beschl. v. 6.4.2000 – V ZB 56/99
BGH ZInsO 2000, 332 ff.
OLG Dresden ZIP 2011, 1378 ff.
BGH, Beschl. v. 6.10.2011 – V ZB 18/11

- BGH, Beschl. v. 28.3.2007 – VII ZB 25/05.
 BGH, Beschl. v. 24.11.2005 – V ZB 84/05.
 BGH, Beschl. v. 14.4.2005 – V ZB 25/05.
 BGH, Beschl. v. 29.5.2008 – V ZB 3/08, NZI 2008, 613.
 BGH, Beschl. v. 13.7.2006 – IX ZB 301/04
 BGH, Beschl. v. 10.10.2013 – IX ZB 197/11
 BGH, Beschl. v. 14.7.2016 – IX ZB 31/14
 BGH, Beschl. v. 26. 4. 2012 – V ZB 181/11
 BGH, Urt. v. 30.4.2015 – IX ZR 301/13
 BGH, Beschl. v. 30.6.1978 – V ZR 153/76.
 OLG Rostock ZInsO 2007, 996 ff.
 LG Dortmund ZInsO 2005, 724 ff.
 BGH, Beschl. v. 26.6.2014 – IX ZB 88/13
 BGH, Beschl. v. 17.10.2006 – VIII ZB 94/05
 BGH, Urt. v. 30.6.2017 – V ZR 232/16
 BGH, Beschl. v. 19.5.2011 – V ZB 197/10
 BGH Beschl. v. 20.3.2025 – V ZB 32/24
 LG Hamburg Beschl. v. 11.6.2024 – 328 T 16/24
 BGH, Urt. v. 21.6.1985 – V ZR 37/84
 OLG Düsseldorf, Beschl. v. 2.8.2019 – 3 Wx 120/19
 BGH, Beschl. v. 19.11.2015 – IX ZB 59/14
 OLG Nürnberg, Urt. v. 24.6.2005 – 5 U 215/05
 OLG München Rpfleger 2019, 196
 OLG Jena NJW-RR 2002, 626, 627
 LG Dresden, Beschl. v. 26.1.2017 – 5 T 40/17
 BGH, Beschl. v. 21.10.2021 – V ZB 52/20
 OLG Nürnberg 10.4.2014 – 15 W 665/14
 OLG München, Beschl. v. 30.9.11 – 34 Wx 356/11.
 OLG Rostock, Beschl. v. 16.3.2022 – 3 W 76/21
 BGH, Beschl. v. 26.1.2006 – V ZB 143/05
 BGH, Urt. v. 12.4.1961 – V ZR 91/59
 OLG Düsseldorf Rpfleger 2000, 62
 BayObLG NJW-RR 02, 991
 OLG München 9.9.2015 – 34 Wx 260/15
 OLG Hamm Rpfleger 1997, 393.
 BGH Rpfleger 1991, 303 ff.
 OLG Hamm NJW-RR 87, 957 ff.
 BGH, Beschl. v. 16.2.2012 – V ZB 48/11
 BGH, Beschl. v. 7.5.2009 – V ZB 12/09
 OLG Hamburg, OLGR Hamburg 2005, 68; OLG Düsseldorf, OLGR Düsseldorf 1997, 275 für Sozialhilfeträger; LG Konstanz, Beschl. v. 6.12.2010 – 62 T 131/09 A n. v.: Zur Rechtsnachfolge
 BGH BGHZ 120, 387 ff.: Rechtsnachfolge bei Titel im Klageverfahren
 LG Saarbrücken ZInsO 2014, 158: Restschuldbefreiung, Zahlungsklage
 LG Bückeburg, Beschl. v. 25.1.2012 – 4 T 116/11: vollstreckbare Ausfertigung Tabellenauszug während Wohlverhaltensphase
 LG Göttingen, Beschl. v. 22.9.2005 – 10 T 89/05, ZInsO 2005, 1113: Erteilung eines vollstreckbaren Tabellenauszugs in der Wohlverhaltensperiode
 BGH MDR 1976, 828: Erteilung Klausel als vorbereitender Akt
 BGH Rpfleger 2014, 538 = ZInsO 2014, 1055 ff: Restschuldbefreiung bei Widerspruch
 BGH, Beschl. v. 31.5.2017 – VII ZB 2/17: Vollstreckungsorgan, Vollstreckungseinstellung
 BGH NJW-RR 2016, 319 f. – juris: Ratenzahlungsvereinbarung
 BGH, Beschl. v. 13.12.2012 – IX ZB 7/12: Grenzen insolvenzgerichtlicher Zuständigkeit, Berechnung pfändbaren Arbeitseinkommens
 BGH Beschl. v. 30.4.2013 – VII ZB 22/12: zeitliche Höchstgrenze der Erinnerung
 BGH ZInsO 2014, 687 ff.: Zuständigkeit Insolvenzgericht bei Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts, Umwandlung Girokonto in Pfändungsschutzkonto
 BGH ZInsO 2013, 98 ff.: Zuständigkeit Insolvenzgericht bei Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts
 BGH WM 2010, 1185 ff.: Zuständigkeit bei Streit über Massezugehörigkeit
 BGH ZInsO 2012, 1260 ff.: Zuständigkeit Prozessgericht, wenn kein deutsches Gericht für Vollstreckungsmaßnahme international zuständig

Literaturverzeichnis

- BGH, Beschl. v. 15. November 2007 – IX ZB 34/06, WM 2008, 171, 172 Rn. 10: kein Pfändungsschutz für Arbeitseinkommen bei privaten Versicherungsrenten Selbstständiger
- LG Mönchengladbach JurBüro 2003, 490: Lohnpfändung, Nichtberücksichtigung Ehegatte
- AG Lüdinghausen, Urt. v. 21.5.2022 – 33 M 1260/17, JurBüro 2022, 496: Berechnung pfändbares Arbeitseinkommen
- LG Wuppertal, Urt. v. 22.12.2021 – 16 T 188/21: Konkretisierung des Begriffs der Mehrarbeit iSd § 850a Nr. 1 ZPO
- BGH, Beschl. v. 19.10.2017 – IX ZB 100/16 „Eine analoge Anwendung des § 850c Abs. 1 Satz 2 ZPO kommt nicht in Betracht, wenn der Schuldner freiwillig im Rahmen einer Bedarfsgemeinschaft (vgl. § 9 Abs. 2 Satz 1 SGB II) seiner Lebensgefährtin Unterhalt gewährt“: Keine Berücksichtigung der sozialrechtlichen Bedarfsgemeinschaft bei Ermittlung des Pfändungsfreibetrags
- LG Detmold, Urt. v. 21.6.2001 – 3 T 152/01, JurBüro 2001, 604: Pfändung von Altersruhegeld
- BGH, Urt. v. 3.11.2011 – IX ZR 45/11: Berücksichtigung des Ehegatten als Unterhaltsberechtigter bei Ermittlung der Pfändungsfreigrenze
- BGH NZI 2004, 278: Rechtsmittelzug bei Entscheidungen des Insolvenzgerichts als Vollstreckungsgericht
- BGH ZVI 2007, 78: Zuständigkeit Insolvenzgericht
- LG München JurBüro 1998, 377: Darlegungs- und Beweislast zur Erhöhung des unpfändbaren Betrags
- BGH NJW 1965, 2107
- BGH, Beschl. v. 12.11.2014 – V ZB 99/14
- BGH NJW 07, 2703 f.
- BGH, Beschl. v. 24.11.2005 – V ZB 24/05
- BGH, BeckRS 2005, 14933 ff.
- BGH, Beschl. v. 25.6.2004 – IXa ZB 267/03
- BVerfG, Beschl. v. 20.6.1978 – 1 BvL 30-35/78, NJW 78, 2023 f.
- OLG Frankfurt JurBüro 80, 1899 ff.
- BVerfG, Beschl. v. 11.7.2007 – 1 BvR 501/07
- BVerfG, WM 16, 556 f.
- BGH NJW 08, 78 f.
- BGH NJW-RR 16, 1104 f.
- BverfG, Beschl. v. 27.6.2005 – 1 BvR 224/05
- BGH, Beschl. v. 15.7.2010 – V ZB 1/10
- BVerfG, Beschl. v. 15.5.2019 – 2 BvR 2425/18
- BVerfG, Beschl. v. 3.5.2023 – 2 BvQ 52/23
- LG Kiel, Beschl. v. 17.2.2021 – 13 T 101/17
- LG Ravensburg (1. Zivilkammer), Beschl. v. 16.5.2024 – 1 T 17/24
- BGH, Beschl. v. 22.3.2007 – V ZB 152/06
- BVerfG, Beschl. v. 8.8.2019 – 2 BvR 305/19
- BGH, Beschl. v. 14.6.2007 – V ZB 28/07
- BGH, Urt. v. 21.9.2017 – IX ZR 40/17.
- BGH, Beschl. v. 19.11.2020 – IX ZB 14/20
- AG Hamburg-Altona, Beschl. v. 12.6.2019 – 320 a. M. 7/13.
- BGH ZInsO 2006, 872
- BGH ZVI 2012, 345

Online-Ressourcen und Datenbanken

- Juris.de: Juristische Datenbank mit Volltextzugang zu Gesetzen, Kommentaren und Rechtsprechung
- Dejure.org: Übersichtliche Darstellung aktueller Rechtsprechung und Verlinkung zu Fundstellen
- Beck-online.de: Fachportal mit Kommentaren, Zeitschriften und Entscheidungsdatenbank
- Insolvenzbekanntmachungen.de: Offizielle Bekanntmachungen der Insolvenzgerichte
- Verwaltungsvorschriften-im-internet.de: Zugriff auf Verwaltungsvorschriften des Bundes

Kapitel 1: Kommunale Vollstreckung

Übersicht	Rn.
1. Allgemeines	1–6
a) Einführung und Abgrenzung der kommunalen Forderungen	1–3
b) Bedeutung für die kommunale Haushaltswirtschaft	4–6
2. Gesetzliche Grundlagen	7–15
a) Relevante Gesetze (VwVG, AO, Landesrechte)	7–9
b) Verhältnis zu privatrechtlichen Forderungen/ZPO	10–15
3. Wesen und Funktion der Verwaltungsvollstreckung	16–25
a) Gegenstand und Ziel der Verwaltungsvollstreckung	17, 18
b) Abgrenzung zur gerichtlichen Vollstreckung	19–25
4. Anforderungen an kommunale (öffentlich-rechtliche) Forderungen ...	26–51
a) Voraussetzungen einer vollstreckbaren Forderung	27
b) Vollstreckbarer Verwaltungsakt/Titel	28–46
c) Unterscheidung Einzelforderung – Schuldnermehrheit	47–51
5. Aufgaben, Rechte und Pflichten des Vollstreckungsbeamten	52–64
a) Stellung und Qualifikation im Verwaltungsvollzug	52–55
b) Pflichten des Vollstreckungsbeamten	56, 57
c) Vergütung	58–64
6. Entscheidungs- und Handlungsspielräume des Vollstreckungsbeamten	65–71
a) Entscheidungsbefugnisse	65
b) Ermessen bei Auswahl und Durchführung von Maßnahmen	66–71
7. Verhalten bei Einwendungen des Schuldners	72–87
a) Behandlung und Prüfung von Einwänden	72–84
b) Verfahren bei Rechtsbehelfen/Widersprüchen	85–87
8. Informationsbeschaffung und Vermögensauskunft	88–96
a) Möglichkeiten der Einholung von Auskünften und Daten	88
b) Ermittlungsbefugnisse und -wege	89–96
9. Hinweise für Vollstreckungsmaßnahmen gegen Schuldnermehrheiten	97–104
a) Besonderheiten bei Gesamt- vs. Teilschuldnerschaft	98–100
aa) Gesamtschuldnerschaft (§ 44 AO, § 421 BGB)	99
bb) Teilschuldnerschaft	100
b) Koordination und Haftungsverteilung	101–104
10. Amtshilfearbeitung	105–109
a) Zusammenarbeit mit anderen Behörden	105, 106
b) Verfahren und Voraussetzungen der Amtshilfe	107–109
11. Durchführung der Pfändung beweglicher Sachen	110–117
a) Ablauf, rechtliche Grundlagen und Wirkungen der Sachpfändung	111–114
b) Praktische Hinweise zur Umsetzung	115–117
12. Was ist bei Pfändung besonders zu beachten	118–126
a) Schutzvorschriften (Übermaß, Unpfändbarkeit)	119–122
aa) Übermaßverbot (§ 281 Abs. 3 AO)	119
bb) Überpfändungsverbot (§ 281 Abs. 2 AO)	120
cc) Unpfändbarkeit nach § 811 ZPO analog	121, 122
b) Dokumentationspflichten	123–126
13. Aufhebung/Vollbeendigung der Pfändung	127–134
a) Voraussetzungen für Einstellung oder Aufhebung	128, 129
b) Rückgabe und Umgang mit gepfändeten Sachen	130–134
14. Kosten der Vollstreckung und Kostenerstattung	135–142
a) Entstehung und Berechnung von Kosten	136, 137
b) Kostenerstattung durch den Schuldner	138–142
15. Widerspruchs- und Rechtsschutzmöglichkeiten	143–154
a) Rechtsbehelfe des Schuldners gegen Vollstreckungsmaßnahmen ..	144–149
aa) Widerspruch gegen den Leistungsbescheid	144, 145
bb) Antrag auf Aussetzung der Vollziehung (AdV) bei Steuerforderungen: § 361 AO (analog)	146
cc) Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz (§ 80 Abs. 5 VwGO) ...	147
dd) Erinnerung nach § 766 ZPO analog	148

	ee) Drittwiderspruchsklage (§ 771 ZPO analog)	149
	b) Verfahren und praktische Bedeutung	150–154
16.	Datenschutz und Informationspflichten	155–162
	a) Datenschutz bei der Ermittlung und Verarbeitung personenbezogener Daten	156–158
	b) Informations- und Mitteilungspflichten im Vollstreckungsverfahren	159–162
17.	Besonderheiten bei Insolvenz des Schuldners	163–170
	a) Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf die kommunale Vollstreckung	164–167
	b) Schnittstellen zwischen Insolvenz- und Vollstreckungsrecht	168–170

1. Allgemeines

- 1 a) **Einführung und Abgrenzung der kommunalen Forderungen.** Kommunale Forderungen sind Ansprüche, die eine Kommune oder eine kommunale Einrichtung gegenüber Dritten geltend macht. Der überwiegende Teil dieser Forderungen ist **öffentlich-rechtlicher Natur**. Das bedeutet, dass sie auf Gesetzen oder anderen hoheitlichen Maßnahmen beruhen und im Zusammenhang mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben stehen. Beispiele sind die Erhebung von Steuern, Gebühren, Beiträgen oder Bußgeldern.
- 2 Die kommunalen Forderungen sind damit von **privatrechtlichen Forderungen abzugrenzen**, die sich aus zivilrechtlichen Vertragsverhältnissen ergeben. Während privatrechtliche Forderungen nach der Zivilprozessordnung (ZPO) vollstreckt werden, folgen öffentlich-rechtliche kommunale Forderungen eigenen Vollstreckungswegen, etwa der Verwaltungsvollstreckung. In diesem Verfahren kann die Kommune direkt auf Grundlage eines **Verwaltungsakts** nach VwVG bzw. AO handeln, ohne zuvor einen gerichtlichen Titel erwirken zu müssen.
- 3 Diese Abgrenzung ist von großer praktischer Bedeutung, da sie die Art und Weise der Vollstreckung, die Rechtswege sowie die Rechte und Pflichten der Beteiligten beeinflusst. Öffentlich-rechtliche Forderungen haben häufig einen **hoheitlichen Charakter mit einem Kontrahierungszwang**, das heißt, die Kommune kann nicht frei wählen, mit wem sie Verträge schließt oder Forderungen geltend macht – dies dient dem Allgemeinwohl und der Sicherstellung der kommunalen Aufgaben.
- 4 b) **Bedeutung für die kommunale Haushaltswirtschaft.** Die Realisierung kommunaler Forderungen ist eine der zentralen Säulen zur Finanzierung kommunaler Aufgaben. Eine sichere und effiziente Vollstreckung dieser Forderungen ist entscheidend für die Haushaltswirtschaft der Kommune. Die kommunalen Einnahmen aus Steuern, Gebühren und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen fließen unmittelbar in den kommunalen Haushalt ein und ermöglichen die Erfüllung umfangreicher Aufgaben in Bereichen wie Infrastruktur, Bildung, Soziales und Sicherheit.
- 5 Die kommunale Vollstreckung sichert somit die **Liquidität** der Kommune und damit deren Handlungsfähigkeit. Mangelnde oder verzögerte Beitreibung von Forderungen kann zu erheblichen finanzwirtschaftlichen Engpässen führen und die Fähigkeit der Kommune einschränken, ihre Verpflichtungen zu erfüllen oder Investitionen zu tätigen.
- 6 Daher ist das Forderungsmanagement – von der korrekten Festsetzung bis zur effektiven Vollstreckung – eine wichtige kommunale Kernaufgabe. Neben rechtlichen Rahmenbedingungen müssen Kommunen auch wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigen, etwa die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen bei Vollstreckungsmaßnahmen, um den gemeinwirtschaftlichen Auftrag effizient zu erfüllen.

2. Gesetzliche Grundlagen

a) **Relevante Gesetze (VwVG, AO, Landesrechte).** Kommunale Forderungen basieren überwiegend auf öffentlich-rechtlichen Rechtsgrundlagen. Die wichtigsten gesetzlichen Vorschriften ergeben sich aus dem **Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG)**, der **Abgabenordnung (AO)** sowie aus speziellen Landesgesetzen und kommunalen Satzungen, wie bspw. den **Kommunalabgabengesetzen (KAG)** der Bundesländer. 7

Diese Gesetze regeln einerseits das Entstehen öffentlich-rechtlicher Ansprüche – etwa Steuern, Gebühren, Beiträge und Bußgelder – und andererseits die Verfahren zu ihrer zwangsweisen Durchsetzung (Verwaltungsvollstreckung). Die AO enthält dabei etwa umfassende Vorschriften zur Vollstreckung von Steuerforderungen, während das VwVG das allgemeine Verwaltungsvollstreckungsverfahren normiert. 8

Neben den Bundesgesetzen sind die kommunalen Satzungen, die auf der Grundlage der jeweiligen Landesgesetze erlassen werden, von großer Bedeutung. Sie konkretisieren die Erhebung von Gebühren, Beiträgen oder sonstigen Leistungen und stellen die **speziellen Rechtsgrundlagen** für viele kommunale Forderungen dar. 9

b) **Verhältnis zu privatrechtlichen Forderungen/ZPO.** Im Gegensatz zu den öffentlich-rechtlichen kommunalen Forderungen, die durch Verwaltungsakte begründet werden, beruhen **privatrechtliche Forderungen** auf vertraglichen oder sonstigen zivilrechtlichen Rechtsverhältnissen. Diese Ansprüche unterliegen grundsätzlich den Vorschriften der **ZPO** für die Forderungsdurchsetzung und Zwangsvollstreckung. 10

Während die Verwaltungsvollstreckung es den Kommunen ermöglicht, öffentlich-rechtliche Ansprüche **ohne vorherige gerichtliche Entscheidung** direkt durchzusetzen („Selbsttitulierungsbefugnis“), setzen privatrechtliche Forderungen die Erlangung eines vollstreckbaren Titels (z.B. Urteil, Vollstreckungsbescheid) im Zivilverfahren gem. §§ 704 oder 794 ZPO voraus, bevor Zwangsmaßnahmen ergriffen werden können. 11

Die kommunale Selbstverwaltung ist in Deutschland verfassungsrechtlich in Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG (Grundgesetz) garantiert. 12

Daher bestehen zwei unterschiedliche Vollstreckungswege: 13

- **Verwaltungsvollstreckung** (auf öffentlich-rechtlicher Grundlage): Direkte Vollstreckung auf Basis von Verwaltungsakten, legitimiert durch VwVG, AO und kommunale Satzungen.
- **Zivilprozessuale Vollstreckung** (auf privatrechtlicher Grundlage): Vollstreckung ausgerichtet an der ZPO, erfordert einen gerichtlichen Vollstreckungstitel.

Diese Unterscheidung ist für die kommunale Praxis zentral, da die Verfahrens- und Rechtswege, die Möglichkeiten der Einwände und der Rechtsschutz der Betroffenen unterschiedlich ausgestaltet sind. 14

Diese gesetzliche und verfahrensrechtliche Basis bildet das Fundament für das kommunale Forderungsmanagement und die durchsetzungsstarken Vollstreckungsmaßnahmen der Kommunen im Rahmen der öffentlichen Verwaltung. 15

3. Wesen und Funktion der Verwaltungsvollstreckung

Die Verwaltungsvollstreckung bezeichnet das rechtlich geregelte Verfahren zur zwangsweisen Durchsetzung öffentlich-rechtlicher Ansprüche, wie Steuern, Ge- 16